

Jürgen Bozsoki

Eine dirigistische europäische Wirtschaftspolitik als Alternative zum neoliberalen Freihandelsdogma

Vortragsmanuskript – Momentum 09

Der große Prinzipienstreit: Freihandel versus Protektionismus

Handel ist nicht gleich Handel

Die Integration Europas konnte in der Tat nachhaltig für Frieden sorgen, weil künstlich immer mehr Abhängigkeiten geschaffen wurden, welche die Mitgliedsstaaten zu gemeinsamen Kompromissen zwangen. Dennoch dürfen trotz dieses Erfolges nicht die Gefahren einer solchen Entwicklung vergessen werden.

Noch bevor es zu einer Bewertung dieser Entwicklung kommt, möchte ich durch eine Typologisierung den komplexe Bereich des internationalen und interregionalen Handels untersuchen und dabei absichtlich über die europäischen Grenzen blicken. Vor allem Gero Jenner¹ entwickelt in seinem Werk „Das Ende des Kapitalismus?“ einen interessanten Ansatz, der den Gesichtspunkt der ökonomischen Entwicklung bzw. Unterentwicklung in den Mittelpunkt stellt. Dieser ist für das Verstehen der europäischen wirtschaftlichen Integration unerlässlich. Jenner definiert grundsätzlich unterschiedliche Formen des Handels:

- symbolischen Handel,
- klassischen Handel,
- Ersetzungs- bzw. substitutiven Handel,
- Verdrängungs- bzw. intrasektoralen Handel.

Symbolischen Handel findet man heute kaum noch. Seine Besonderheit besteht in beabsichtigter Nichtexistenz von Wettbewerb, in dem verschiedene Stämme oder Familien in

¹ vgl. Jenner (1999), 75-78

Jäger- und Sammlerkulturen das Monopol auf bestimmte Güter innehaben. Handel mit anderen Stämmen, Völkern etc. wird nicht aus ökonomischen Motiven betrieben, sondern dient zur Verständigung und damit ausschließlich politischen Zielen.

In der Neuzeit setzt sich immer mehr der *klassische Handel* durch, der primär Tausch von Rohstoffen gegen industrielle Produkte darstellt. Vorherrschend war dieser bis etwa zum Zweiten Weltkrieg.

Der *Ersetzungshandel* besitzt die Eigenschaft, dass Industriewaren zwischen Ländern mit *unterschiedlichen* ökonomischen und sozialen Niveaus gehandelt werden. Zwar wirkt sich dieser Art des Freihandels zahlungsbilanzmäßig zugunsten der höherentwickelten Volkswirtschaften aus, weil deren Güter aufgrund höherentwickelter Technologien einen höheren Preis erzielen; jedoch mit dem Nachteil immer größerer Verlagerung, speziell von lohnintensiven Bereichen, in das Ausland. Dies führt wiederum längerfristig zu einem gefährlichen Deindustrialisierungsprozess in entwickelten Ländern. Damit verbunden ist der Verlust unzähliger Arbeitsplätze. Zwar hat es diese Entwicklung schon immer gegeben, doch je liberalisierter die Handelsstrukturen, desto rasanter stieg das Tempo. Konnten vor einigen Jahrzehnten die Folgen noch durch Entwicklung neuer Technologien verkraftet werden und insgesamt sogar mehr Arbeitsplätze mit höheren Löhnen geschaffen werden, bekam mit zunehmender Liberalisierung der Handelsstrukturen dieser Prozess eine beinahe unzehmbare Eigendynamik. Es entstand ein immer größerer Druck auf Löhne, Steuern und Sozialstandards.

Doch auch der *Verdrängungshandel*, also der Wettbewerb zwischen Ländern *und* Gütern *gleichen* Niveaus, bringt in ungebändigter Form negative Entwicklungen mit sich. Was im Neoliberalismus als Wettbewerb bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit meist ein Wirtschaftskrieg. Bestes Beispiel hierfür ist der über Jahrzehnte dauernde Konflikt zwischen Japan und den USA, der 1985 im Plaza-Abkommen seinen Höhepunkt fand: Auslöser war das enorme Handelsbilanzdefizit der Amerikaner gegenüber Japan. So stand die amerikanische Automobilindustrie in den 1980er Jahren aufgrund scheinbar übermächtiger japanischer Konkurrenz vor dem Bankrott. Aus diesem Grund versuchte die amerikanische Regierung, Japan „Selbstbeschränkungsmaßnahmen“ aufzuzwingen, die jedoch genau das Gegenteil freien Handels bedeuteten. „Was in Japan als ungerechtfertigter Druck von außen (gaiatsu) empfunden wurde, verstand die amerikanische Seite als gerechten Kreuzzug für den freien Markt.“² Innerhalb hoch entwickelter Industrieländer kommt es beim Handel mit ungleichen Gütern in vielen Fällen zu positiven Wirkungen durch die verstärkte Teilung der Arbeit, einer

² Manzenreiter (1999), 206

daraus resultierenden Spezialisierung und technologischen Differenzierung sowie verstärken Druck auf die Preise. Auch die ständige Entwicklung neuer Modetrends sei hier erwähnt. Dies ist die eine Seite, welche vom Neoliberalismus als positive Wirkung der Globalisierung gepriesen wird, ohne zu bedenken, dass beim Verdrängungshandel der Preis, der dafür zu bezahlen ist, in verstärktem Sozialdumping besteht und - makroökonomisch betrachtet - ein sinnloses Nullsummenspiel darstellt. Die negativen Folgen des Ersetzungshandels bestehen, wie schon betont, in schleichend fortschreitender Deindustrialisierung, wachsender Arbeitslosigkeit und immer größerer Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.

Der Misserfolg der neoliberalen Binnenmarktstrategie

Eine Analyse des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts fasst den Erfolg der europäischen Integration zwar *politisch* als Erfolgsstory auf, bezeichnet jedoch die wirtschaftliche Bilanz als durchwachsen und die soziale Bilanz als widersprüchlich.³

In der Tat ist es gelungen, durch die europäische Einigung autoritäre Regime oder sogar Diktaturen zu überwinden und rechtsstaatliche Prinzipien zu einem gesellschaftlichen Grundkonsens zu machen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob dies *wegen* oder vielmehr *trotz* einer wirtschaftlich problematischen Integrationsstrategie über das Binnenmarktprojekt gelungen ist.

Seit über 30 Jahren sind durchschnittlich sinkendes Wirtschaftswachstum, sinkende Investitions- und Lohnquoten und daraus resultierend steigende Arbeitslosenraten in der Europäischen Union zu beobachten. Ein wichtiges Element dürfte dabei die Mitte der 1970er Jahre begonnene Liberalisierung des Kapitalverkehrs, bedingt durch die das Ende des Bretton-Woods-Systems, gewesen sein. Die Phase der vollständigen Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen in den EU-15 begann 1979 in Großbritannien und endete 1994 in Griechenland. Vor allem die zunehmende Anfälligkeit für Devisenspekulationen sowie ein Rückgang der Investitionen in die Realwirtschaft führten zu kontinuierlich sinkenden Investitionsquoten. Von Mitte der 1970er Jahre bis 2004 sanken diese in den EU-15 von 25 auf 19%⁴. Der Rückgang der Investitionsquote war ein wesentliches Element für das Abflachen des Wachstums, das zwischen 1960 und 2004, bezogen auf die EU-15, im Schnitt von etwa 5 auf etwas mehr als 1%⁵ abnahm und die Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 2 auf 10% anwachsen ließ. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit nimmt absurde Ausmaße an: Sie beträgt in einigen europäischen Ländern bereits über 30%.

³ vgl. Aiginger (2006), 3ff.

⁴ European Economy (2004), Nr. 4, Statistical Annex, Table 19

⁵ ebenda, table 10

Seit den Krisen der 1970-er Jahre wurde die Macht der Gewerkschaften kontinuierlich geschwächt, was die Profitquote der Unternehmen kontinuierlich erhöhte. Dass hohe Profitquoten *nicht* automatisch höhere Realinvestitionen mit sich bringen, kann zweifelsfrei nachgewiesen werden. Eine immer höhere Profitquote bedeutet natürlich im Umkehrschluss eine ständig sinkende Lohnquote. Die Kombination aus stagnierenden Löhnen, sinkenden Investitionen, sinkender Nachfrage, schwächer werdendem Wachstum und einer ständig ansteigenden Arbeitslosigkeit werden durch verschiedene Mechanismen verstärkt, auf die später noch im Detail eingegangen wird: nämlich eine monetaristische Geldpolitik, eine Erosion sozialversicherungspflichtiger Vollzeitarbeitsplätze sowie eine permanente Sparpolitik.

Seit Mitte der 1970er Jahre liegen die Zinssätze permanent über den Wachstumsraten. Durch das positive Zins/Wachstumsdifferenzial⁶ explodierte in allen Staaten der Europäischen Union mehr oder weniger stark die Staatsverschuldung.

Zudem werden durch den Zwang zur Ausschüttung hoher Renditen Investitionen unterlassen und eine qualitativ hochwertige Versorgungssicherheit nicht mehr garantiert. Der schon heute sichtbare werdende Investitionsstau wird in ganz Europa zunehmend zu einem drängenden Problem. Es beginnt bei der Schließung von Postämtern, ausfallender Energieversorgung und endet bei der Auflassung defizitärer Zugstrecken. Langfristig beraubt sich Europa so seiner eigenen Standortvorteile.

Insgesamt fällt die Bilanz der einseitig neoliberal geprägten Binnenmarktstrategie wirtschaftlich und sozial gesehen negativ aus, auch wenn das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut davon ausgeht, dass Österreich durch einen EU-Beitritt profitiert hätte. Pro Jahr soll durch den EU-Beitritt ein um 0,4% höheres Wachstum und 50.000 Beschäftigte mehr⁷ geschaffen worden sein. Im Gegensatz zur Schweiz hat sich Österreich zwischen 1995 und 2006 dynamischer entwickelt und den Einkommensrückstand mehr als halbiert. Dies bedeutet, dass ein Nichtbeitritt Österreichs zur EU zentrale Probleme sicherlich nicht hätte lösen können. Gleichzeitig muss aber betont werden, dass sich für die Mehrheit der Bevölkerung eher der Druck erhöht und die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben, während auf der anderen Seite multinationale Unternehmen durch erhöhte Exportmöglichkeiten profitierten.

⁶ vgl. Schulmeister (2003), 103

⁷ vgl. Aiginger (2006), 2

Die Alternative einer dirigistischen Wirtschaftspolitik

Rückbesinnung auf das Erbe von Friedrich List

Wir brauchen in Europa jedoch einen völligen Kurswechsel, weg von einer ruinösen Freihandelspolitik, hin zu einer dirigistischen Wirtschaftspolitik, die viele Jahrzehnte Kennzeichen des europäischen Wirtschaftswunders war. Sie besitzt eine lange Tradition über die Grenzen Europas hinaus und geht auf die Grundgedanken des Ökonomen Friedrich List zurück. Schon zur Gründungszeit der USA wurde eine dirigistische Wirtschaftspolitik erfolgreich von Präsident Washington und seinem Finanzminister Hamilton praktiziert. Sie erlebte in der Ära Abraham Lincolns sowie im New Deal F. D. Roosevelts bis zu John F. Kennedy eine neue Blüte. Japan und die Tigerstaaten haben sich mit ähnlichen Ansätzen in atemberaubendem Tempo von Entwicklungs- zu Industrieländern gewandelt. Gleiches gilt heute für China, das im makroökonomischen Bereich auf Regulierung setzt, aber im mikroökonomischen Bereich sinnvolle Liberalisierungsschritte befürwortet. Viele europäische Staaten verdanken ebenfalls einem Wirtschaftsdirigismus und nicht einer einseitigen Freihandelspolitik ihren rasanten ökonomischen Aufstieg.

Eine dirigistische Wirtschaftspolitik geht in ihren Ursprüngen auf Grundgedanken des Merkantilismus zurück und wurde von Friedrich List für das moderne industrie-kapitalistische Zeitalter weiterentwickelt. Die Leistung bestand in einer grundlegenden Kritik an der Freihandelstheorie der klassischen Ökonomie. Die Klassik erkennt als primäres Ziel des Wirtschaftens den Tauschgewinn, der sich in abstrakt monetären Transaktionen ausdrückt. Dabei wird die Sichtweise eines Kaufmannes eingenommen, welcher versucht, Produkte gegen Gewinn zu verkaufen. Ihn interessiert weniger, wieviele Produkte zu welcher Qualität erzeugt werden können, sondern was für ihn dabei am Ende monetär herausspringt. Klassik, später Neoklassik und Neoliberalismus erwarten sich durch möglichst vollständigen Wettbewerb Vorteile für alle, vor allem für die Konsumenten. Was erzeugt wird, ist aus dieser Sichtweise gleichgültig, dies regelt der Markt.

List verwirft diese materialistische Vorstellung und setzt dem den Begriff der Produktivkraft entgegen, jene Kraft bzw. Fähigkeit, Reichtümer zu schaffen – was wichtiger sei als Reichtum als solcher. Es handelt sich hierbei um Wissen, Geschicklichkeit und Kultur eines Landes. Dieses Potential kann nicht in Zahlen ausgedrückt werden, sondern erfährt seine Sichtbarkeit immer erst im Nachhinein. Der Begriff *Produktivkraft* beschreibt dieses Phänomen treffend. Denn die Kraft als solche ist auch nicht sichtbar, sondern nur die Auswirkungen, die mit Kraftanwendung verbunden sind.

Gewinn muss demnach als Kategorie der Betriebswirtschaft verstanden werden. Maß der Produktivkraft ist hingegen, wie sehr sich das Potential an Wissen, Innovation, Effektivität für die Gütererzeugung, die Qualität der Infrastruktur, die Rechtssicherheit und die Kultur eines Landes auswirken. Werden diese Kräfte beschränkt, sinkt die Produktivkraft; werden sie jedoch gestärkt, erhöht sich dieselbe. Das bedeutet, dass Zukunftsinvestitionen wichtiger und längerfristig auch ertragreicher sind als schnelle Profite. Der Profit besitzt zwar eine wichtige individuelle Antriebsfunktion und trägt durchaus zu Effizienz und Innovation bei; ausschließliche Fokussierung darauf ist jedoch makroökonomisch ruinös.

Die Wunde, in die List sticht, besitzt gerade in bezug auf die Freihandelspolitik der EU eine enorme Brisanz. Der Kampf um immer billigere Angebote durch die Deregulierungspolitik der EU führt seit einigen Jahren zu verstärktem Dumping bei Steuern, Sozial- und Umweltstandards, wirkt sich aber für die Konsumenten zumindest kurzfristig positiv aus, zumal Produkte immer billiger werden. Doch wie die aktuelle Entwicklung zeigt, stimmt dies nur auf den ersten Blick. Bei genauerer Betrachtung folgt jedoch das, was als sog. *Gesetz der indirekt verteuerten Produktion*⁸ bezeichnet wird: Der Preis im Laden spiegelt nur einen Teil der wahren Kosten. In Wirklichkeit müssen die verursachten negativen Konsequenzen wie erhöhte Ausgaben für Arbeitslose, Steuerausfälle und sinkende Sozialversicherungsbeiträge über Umwege mitbezahlt werden. Rechnet man diese Kosten hinzu, kommt man zu völlig anderen Ergebnissen.

Kurzfristig können sicherlich monetäre Gewinne gegenüber einem anderen Land erzielt werden. Dies predigen auch immer wieder die Vertreter der Exportwirtschaft und beschreiben diese Entwicklung einseitig als Chance zur Erschließung neuer Märkte und forcieren eine ständige Erweiterung der Europäischen Union.

Diese Tendenz erhöht jedoch erfahrungsgemäß eher die Arbeitslosigkeit und steigert durch Auslagerungen vieler Produktionszweige den Druck auf die Löhne. Um im harten Konkurrenzkampf mithalten zu können, werden längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zurückgeschraubt. Obwohl sich zwar kurzfristig Kostenvorteile ergeben, sinkt die Produktivkraft mit der Folge längerfristiger Ertragsreduktion. Zudem wird die Abhängigkeit vom Ausland in immer größerem Ausmaß erhöht. Und genau diese Entwicklung wird heute vereinfacht als Globalisierung bezeichnet. Mit ihr verstärkt sich der Einfluss vom Volk nicht legitimer Personen oder Gruppierungen zuungunsten des Gemeinwohls. Das Problem sind also weniger Billiglohnländer an sich, sondern die Interessen innerhalb eines Landes: „Die einen profitieren von der Auslagerung der Produktion, zum Teil

⁸ vgl. Jenner (1999), 101 ff.

verschafft diese ihnen außerordentliche Gewinne, die anderen erleiden dabei große Verluste. Das angelsächsische Modell, das der Menschheit durch freien, d.h. einen unkontrollierten Handel künftigen Reichtum verspricht, dient in Wahrheit nur noch einer Minderheit von Privilegierten.“⁹ Lists Begriff der Produktivkraft erkennt daher die physischen Kräfte einer Volkswirtschaft, abseits des abstrakten monetären Ansatzes, als primäre Elemente wirtschaftlicher Entwicklung.

Deshalb darf die Aufgabe der makroökonomischen Steuerungsfunktion *nicht* der Willkür der Märkte überlassen werden, sondern ist Aufgabe der Politik. Eine pragmatische protektionistische europäische Wirtschaftspolitik wäre demnach ein wichtigstes Instrument zur Hebung der Produktivkraft der Europäischen Union. Um heimische Landwirtschaft und Industrie jedoch in ihrer Produktivkraftentwicklung zu entfalten, spielt die Gestaltung von Zöllen eine entscheidende Rolle. Dabei geht es jedoch *nicht* darum, wirtschaftliche Autarkie eines Nationalstaates anzustreben. Im Gegenteil: Ein Land wird immer in gewisser Weise auf Produkte oder Rohstoffe anderer Ländern angewiesen sein. Doch es muss die Möglichkeit zur Intervention bestehen, damit keine einseitigen Abhängigkeiten für die einen und Nachteile für die anderen entstehen. Ein wichtiger Grundsatz dabei ist die Stetigkeit wirtschaftlicher Entwicklung.

Gegenwärtig ist die EU die größte Wirtschaftsmacht der Erde. Deshalb spielt der globale Marktzugang eine nicht unwichtige, meist jedoch überschätzte Rolle für Wachstum und Beschäftigung. Dennoch sollten gerade Entwicklungs- und Schwellenländern Maßnahmen zum Schutz ihrer nationalen Volkswirtschaften zugestanden werden. Die Wirtschaft Europas müsste sich vor allem auf den europäischen Binnenmarkt konzentrieren und eine stärker nachfrageorientierte Politik betreiben. Anders als in den USA sollten deshalb Produktivitätswachstum und Konsum eng aneinander gekoppelt werden.

Allerdings stellt das Kardinalproblem der EU gegenwärtig vor allem die mangelnde Binnennachfrage sowie das sinkende Ausmaß an Investitionen und weniger die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Handel dar. Dieser Wandel würde das zu Beginn erörterte Prinzip nationaler Souveränität und einer dem Gemeinwohl orientierten Politik eindeutig stärken. Es gilt, den jeweils eigenen Weg der Nicht-EU Staaten zu wirtschaftlichem Fortschritt zu respektieren, aber gleichzeitig durch Technologietransfer eine beschleunigte Entwicklung für rückständige Volkswirtschaften zu bewirken. Aufstrebende Nationen stellen in einer dirigistischen Wirtschaftsordnung keine Gefahr für die EU dar, sondern sind vielmehr wichtige Handelspartner von morgen.

⁹ ders., 104

Würden vor allem die im Verhältnis zum Ausland rückständigeren Bereiche in Industrie und Landwirtschaft sofort ausländischer Konkurrenz freigegeben und nicht durch Zölle geschützt, könnte ein stetiges Fortschreiten technologischer Entwicklung nicht gewährleistet werden. Effekt für ein weniger entwickeltes Land wäre, dass technologieintensive Bereiche ausländischer Konkurrenz unterliegen und die Zerstörung der eigenen Produktivkraft betreiben. Von dieser Entwicklung profitieren in wenig entwickelten Ländern nur Branchen mit hohem Lohnkosten- und niedrigem Technologieanteil. Folge wäre die Einzementierung niedriger Löhne und eine sehr unetige wirtschaftliche Entwicklung. Aus diesem Grund ist ein vernünftiger Zolltarif von großer Bedeutung. Kurzfristig würde dies für Konsumenten zwar höhere Preise bedeuten, längerfristig könnte durch stetige Weiterentwicklung das Preis/Leistungsverhältnis kontinuierlich verbessert werden und eine gewisse Kostenwahrheit eintreten.

Aus dieser Sicht dienen vernünftige Zolltarife allen. Im Gegensatz zum Freihandel bleibt die Steuerungsfähigkeit der Makroökonomie im Bereich der nationalstaatlichen Regierungen. Strategische Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, etwa bei Finanzierung von Forschungs- und Infrastrukturprojekten, sind in diesem System kein Widerspruch, sondern ist vielmehr notwendige Ergänzung.

Ein weiterer Aspekt protektionistischer Maßnahmen besteht darin, die Versorgung des Bedarfs mit jenen wichtigen Gütern sicherzustellen, die die Produktivkraft im Land steigern. Dies betrifft die Sicherstellung flächendeckender Grundversorgung: Nahrungsmittel, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung etc. Stehen sie nicht in ausreichender Qualität und Quantität zur Verfügung, wird es unmöglich, die Produktivkraft zu steigern.

Worauf es in Europa ankommt, sind nicht abstrakte monetäre Werte, sondern physische. Es geht abseits der notwendigen monetären Betrachtungen primär darum, mit immer weniger Kraftaufwand ein immer Mehr an physischem Output zu erreichen. Die europäische Wirtschaft muss an der Fähigkeit orientiert werden, die Konzentration der Kraft pro Zentimeter der Bewegung, pro Quadratmeter eines Einheitsquerschnitts oder pro Kubikmeter eines Einheitsvolumens kontinuierlich zu erhöhen. Dieses Maß stellt keinen exakt fassbaren Wert dar, unterstreicht allerdings das Ausmaß der Dichte an physikalisch wichtigen Transformationen. Diese Betrachtungsweise der Wirtschaft geht auf den Philosophen *Georg Wilhelm Leibniz* zurück und unterstreicht, dass technologischer Fortschritt und Wachstum in diesem Verständnis keine Grenzen kennen, weil das schöpferische Potential des Menschen unendlich ist. Leibniz betont, dass bei einer dirigistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik hohe

Löhne, ein hohes Ausmaß an sozialer Sicherheit und hohe Investitionen erst ermöglichen, dieses innovatorische Potential des Menschen kontinuierlich zu erhöhen.

Allerdings sind dem physischen Wachstum in einer bestimmten Technologie natürliche Grenzen gesetzt, wie etwa die Endlichkeit von Rohstoffen oder ökologische Aspekte. Diese können, wie der amerikanische Ökonom Lyndon La Rouché auf Basis der Erkenntnisse Bernhard Riemanns im sog. Riemann-La Rouché Modell¹⁰ gesamtwirtschaftlicher Prozesse analysiert hat, nicht linear, sondern in geometrischer Form durch sog. technologische Sprünge überwunden werden. Das geometrische Wachstumsmodell versucht im Gegensatz zum heute üblichen linearen Wachstumsmodell technologische Innovationen zu integrieren. Seiner Ansicht nach ist die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht durch möglichst niedrige Löhne, Sozial-, oder Steuerstandards zu erreichen. Eine solche Betrachtungsweise fokussiert ausschließlich monetäre Aspekte, ohne sie in Zusammenhang mit der Realwirtschaft zu betrachten. Im Sinne einer physischen Betrachtungsweise ist die Leistungsfähigkeit einer gesunden Volkswirtschaft mit einer immer höheren Wertschöpfung pro Beschäftigten und ständig wachsenden Kapitalkosten verbunden.

Die politische Elite Europas denkt jedoch nicht in diese Richtung, sondern orientiert sich immer mehr an kurzfristigen monetaristischen Aspekten. Doch was nützen boomende Börsen und immer mächtigere Banken, wenn die Realwirtschaft immer mehr verkommt und die Beschäftigungsverhältnisse der Menschen immer schlechter werden?

Fazit: Eine dirigistische Wirtschaftsordnung wäre eine völlige Abkehr von einer einseitigen neoliberalen Freihandelspolitik. Dennoch findet sie gerade in Europa kaum Gehör und wird dogmatisch abgelehnt.

Konkrete Maßnahmen für eine dirigistische europäische Wirtschaftspolitik

- *Öffentliches Eigentum*

Europa kann die Binnenmarktstrategie nur sozial nachhaltig gestalten, wenn diese von einer gleichzeitigen *Harmonisierung des Steuer-, Arbeitsrecht- und Sozialrechts* mit möglichst hohen Mindeststandards begleitet wird. Dies war auch die ursprüngliche Vision von Jacques Delors. Auf Druck des European Round Table of Industrialists und anderer Interessensvertreter der Arbeitgeber wandelte sich die Binnenmarktstrategie immer mehr in eine einseitig neoliberale Richtung. Sie kehrten die ursprüngliche Binnenmarktstrategie Delors in ihr völliges Gegenteil um: „Der offene Markt und maximale Unternehmensgewinne werden zum Bezugsrahmen, an den gesellschaftliche Regeln und Standards sich anpassen

¹⁰ vgl. Bozsoki (2005), 89ff.

müssen und innerhalb dessen sie gegeneinander ausgespielt werden und um die Präsenz und Aktivität von Unternehmen konkurrieren.“¹¹

Die EU muss daher zurückkehren zum ursprünglichen Binnenmarktkonzept Delors. Jeder Integrationsschritt der Wirtschaft muss von klaren Regulativen und Imperativen zur Harmonisierung der genannten Standards begleitet werden. Die marktradikalen Grundsätze von GATS und Dienstleistungsrichtlinie wurden zwar in der ursprünglich geplanten Form nicht realisiert; doch ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis nächste Versuche unternommen werden, um unter anderem Namen ähnliche Konzepte gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Fragen des *öffentlichen Eigentums* sollten deshalb nach dem Subsidiaritätsprinzip gelöst werden. Sinnvoll wäre es beispielsweise, die großen transnationalen Strecken im Eisenbahnverkehr zu europäisieren. Was spricht eigentlich dagegen, wenn diese Strecken einer europäischen Bahngesellschaft unterstünden? Regionale Abschnitte könnten weiterhin im nationalen oder regionalen Bereich geführt werden. Sie wäre eine Antwort auf die gegenwärtig stattfindende Praxis der zunehmenden Liberalisierung des Bahnverkehrs, die in Zukunft ähnlich wie heute auf dem Strommarkt zu einem Prozess der privaten Unternehmensfusionierung mit zahlreichen Übernahmeschlachten und sinkenden Investitionen führen wird.

Überhaupt sollten Konzerne ab einer Größe, die de facto keinen fairen Wettbewerb mehr zulassen, in öffentliches Eigentum überführt werden und nach dem Prinzip der Vergesellschaftung Arbeitnehmer- und Konsumentenvertreter sowie Staat Anteilseigner werden lassen.

Das Problem besteht gegenwärtig darin, dass laut EG-Vertrag auch öffentliche Unternehmen grundsätzlich den Wettbewerbsbestimmungen unterliegen. Dabei gelten die Grundsätze des Verbots wettbewerbsbeschränkender Maßnahmen sowie die Bestimmungen, marktbeherrschende Stellungen von Unternehmen nicht zu missbrauchen und deshalb staatliche Beihilfen als Wettbewerbsverzerrung abzubauen. Zwar wird eine Privatisierung öffentlicher Unternehmen nicht dezidiert verlangt, aber mit dem EG-Vertrag ist ein grundsätzliches Problem verbunden: Kommt es zur Liberalisierung eines öffentlichen Unternehmens in einem Mitgliedsstaat und damit zur Öffnung für ausländische Wettbewerber, müssen dies auch andere Länder oder Kommunen tun, weil es sich dabei um sog. vorgelagerte Märkte handelt. Sie unterliegen den Wettbewerbsbestimmungen des EU-Vertrages und üben so Druck auf öffentliche Unternehmen im gesamten EU-Raum aus. Zwar

¹¹ Huffs Schmid (2006), 75

müssen öffentliche Unternehmen nicht privatisiert werden, doch sie haben am Markt wie Private zu agieren. Damit treten Gemeinnützigkeit, Versorgungssicherheit und Qualitätssicherheit in den Hintergrund, die Profitorientierung sowie Marktkonformität dafür in den Vordergrund.

Damit muss Schluss sein! Die Frage, nach öffentlichen oder privaten Besitzverhältnissen sollte weiterhin den Mitgliedsstaaten bzw. Kommunen überlassen bleiben. Möchte beispielsweise Großbritannien sein Eisenbahnnetz privatisieren, darf dies unter keinen Umständen negative Auswirkungen auf andere Länder oder Kommunen der EU haben. Auf europäischer Ebene müssten aber dezidiert Mindeststandards im öffentlichen Bereich vorgeschrieben werden. Etwa die Existenz einer Mindestanzahl von Ärzten pro Kopf der Bevölkerung, eine soziale Staffelung von Energiepreisen etc.

So könnte eine aktive Diskussion in der Bevölkerung darüber stattfinden, wie vor allem Bereiche der Daseinsvorsorge, etwa öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Wasserversorgung, Energie, Kommunikation, Bildung etc. organisiert werden sollten. In Europa gibt es in der Bevölkerung in einem hohen Ausmaß ein Bekenntnis zum öffentlichen Eigentum, das allerdings in den Mitgliedsstaaten der EU unterschiedlich ausgeprägt ist. Überall dort, wo dieses Problem national nicht mehr lösbar ist, etwa bei den transnationalen Netzen, sollte das Europäische Parlament darüber entscheiden. Nur so kann einerseits die politische Partizipation gestärkt und andererseits die Vielfalt in der Einheit sowie das Gemeinwohlprinzip gefördert werden.

- *Fairer Wettbewerb*

Wie eingangs bereits sehr ausführlich dargelegt, kann Wettbewerb nur funktionieren, wenn es gemeinsame Mindeststandards sowie annähernd gleiche ökonomische Entwicklung gibt. Dies ist jedoch spätestens seit der Osterweiterung nicht mehr der Fall.

Die EU muss deshalb zum Grundsatz zurückkehren, dass ökonomisch schwächere Länder auch erhöhte Hilfen aus den Kohäsionsfonds erhalten. Überhaupt gilt es, die Förderungspraxis der EU nach einem Regelwerk auszurichten, das sich nach dem pro Kopf erwirtschafteten Sozialprodukt orientiert. Es ist nicht einzusehen, weshalb mittlerweile reich gewordene Länder wie etwa Spanien noch immer höhere Zuwendungen genießen, als neue osteuropäische Länder, die teilweise einen erheblichen wirtschaftlichen Rückstand aufweisen. Nachdem die EU sich den Luxus einer übereilten Osterweiterung geleistet hat, muss sie nun, ob sie es will oder nicht, auch die finanziellen Konsequenzen tragen. Diese

machen beispielsweise eine schrittweise Erhöhung des EU-Budgets auf 5% des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis zum Jahr 2014¹² notwendig.

- *Indikative Wirtschaftssteuerung*

Statt eines ruinösen Standortwettbewerbs braucht Europa eine makroökonomische Wirtschaftsplanung auf marktwirtschaftlicher Basis. Gegenwärtig wird dieser Ansatz aber als planwirtschaftliches Konzept im Stile der ehemals kommunistischen Staaten verworfen. Eine sachliche Diskussion darüber findet heute kaum statt. Dabei handelt es sich um ein bewährtes System, das „individuelle Freiheit und die staatliche Initiative zu verbinden versucht.“ Der Staat formuliert hier lediglich den Rahmen für Investitionsprogramme. Die Durchführung der Projekte fußt auf einer Kooperation von öffentlicher und privater Wirtschaft. Gerade die Europäische Union könnte im Sinne einer makroökonomischen Wirtschaftssteuerung öffentliche Großprojekte als Motor für Wachstum und Beschäftigung nützen. Dabei dürfen weder Zwang, noch eine bestimmte zu verfolgende Eigenlogik verstanden werden. Dies wäre in der Tat kontraproduktiv und würde nur Bürokratisierungstendenzen und Ineffizienz fördern. Vielmehr ist unter einer europäischen indikativen Wirtschaftssteuerung „eine in ständiger Entwicklung begriffene Praxis, die den sich verändernden Verhältnissen Rechnung trägt“¹³, zu verstehen.

Dieses Konzept fußt nicht auf bloßer Theorie, sondern hat sich in Frankreich lange Zeit bewährt und dem Land einen großen wirtschaftlichen Aufholprozess beschert. Es bestand damals aus einer Planungskommission mit hochqualifizierten Mitarbeitern aus sämtlichen Bereichen der Wissenschaft, die durch ihre Fachkenntnis Vorschläge zur Prioritätensetzung unterbreiten konnten und gleichzeitig auch Finanzierung und Planung koordinierten. Ihnen könnte durchaus ein gewisses nicht bindendes Mitspracherecht bei strategischen Entscheidungen eingeräumt werden, sodass eine Art Rat unabhängiger Experten in Kooperation mit der Regierung makroökonomische Weichenstellungen vornehmen kann.

Dirigistische wirtschaftspolitische Maßnahmen dieser Art haben sich vor allem in Krisenzeiten als wirkungsvolle Alternative zu kommunistischer Staatswirtschaft aber auch ungezügelter Kapitalismus herausgestellt.

- *Zölle und Subventionen*

¹² Genauerer über die Umsetzung findet sich im Steuerkapitel dieses Buches.

¹³ ebenda

Die EU muss der einseitig auf Freihandel ausgerichteten Politik abschwören und vor allem jene realwirtschaftlich wichtigen Branchen schützen, die durch einen unfairen Wettbewerb ins Hintertreffen geraten sind. Dies gilt insbesondere für jene Bereiche, wo Kinderarbeit bzw. Ausbeutung der Produzenten nicht Ausnahme sondern Regel sind.

Europa muss vor allem seine agro-industrielle wirtschaftliche Basis schützen, um einerseits qualitativ hochwertige Nahrungsmittel und Versorgungssicherheit garantieren zu können und andererseits in vielen industriellen Branchen, etwa dem Maschinenbau, die Gesamtproduktivität nachhaltig zu steigern.

In der *Landwirtschaft* sollten daher die unglaublich hohen Agrarsubventionen, welche fast die Hälfte des EU-Budgets ausmachen, massiv reduziert werden und durch regional gestaltbare Paritätspreise abgelöst werden. Paritätspreise sind regional differenzierbare, staatlich festgesetzte Mindestpreise und beschreiben den durchschnittlichen Aufwand, der für bestimmte landwirtschaftliche Güter geleistet werden muss. Sie setzen sich aus den durchschnittlichen Kosten zusammen, die im landwirtschaftlichen Produktionsprozess aufgewendet werden müssen. Die durchschnittlichen Kosten können mittels einer betrieblichen Standardmaterialliste sowie Arbeitsprozeßanalysen festgestellt werden. Um Investitionen anzuregen und die Schulden bedienen zu können, sollte auch noch ein bestimmter Zuschlag hinzugerechnet werden, der den Paritätspreis ergibt.

Dadurch können sowohl kontinuierliche Steigerung von Qualität und Quantität der Versorgung, sowie Steigerung der Produktivität pro Kopf und Quadratkilometer erfüllt werden.

Die europäischen Bauern sollten primär ihre unmittelbare Region versorgen und sich an den regionalen Bedürfnissen orientieren. Entscheidend sind Fördermaßnahmen für die *Rückkehr zur regionalen Versorgung* bei gleichzeitiger höherer Besteuerung des Frachtverkehrs auf der Straße. Sinnvoll wäre eine europaweite LKW-Maut nach dem Prinzip des Road Pricing Systems. Dies würde Landwirtschaftsbetriebe diskriminieren, die billige Massenproduktion in entfernten Gebieten anbieten und regionale Betriebe, die auf hohe Qualität setzen, stärken.

Aus diesem Grund sollten auch Exportsubventionen seitens der EU gestrichen, dafür der Zugang zu billigen Krediten für Investitionen in den Betrieb erleichtert werden.

Landwirtschaftliche Paritätspreise waren Teil des Landwirtschaftsprogramms F.D. Roosevelts im Rahmen des New Deals, konnten aber gegen den Widerstand des Verfassungsgerichtes nicht längerfristig durchgesetzt werden. Auch im industriellen Bereich müssen jene Sparten durch Schutzzölle geschützt werden, die durch den ruinösen globalen Wettbewerb unter Druck geraten sind. Gegenwärtig gilt dies vor allem für die Textilindustrie. Hochlohnländer

wie Italien, die im Bereich von Mode und Design in Europa führend sind und hohe Investitionen in die Produktentwicklung stecken, müssen fassungslos zusehen, dass ihre Produkte kürzeste Zeit später von Billiglohnländern „kopiert“ und zu Dumpingpreisen, unter unmenschlichen sozialen Produktionsbedingungen auf dem heimischen Markt angeboten werden.

Mittlerweile hat die EU die Notbremse gezogen und Schutzzölle eingeführt, vielleicht sogar zu spät. Ähnliches gilt auch für andere Industriebranchen. Zudem müssen Produktionsauslagerungen aus dem EU-Raum besteuert werden. Auch innerhalb der EU sollte es legitim sein, dass Unternehmen, die zuvor Subventionen erhalten haben, bei einer Umsiedelung in ein Billiglohnland zumindest diese zurückzahlen müssen. Gleichzeitig muss diesen Branchen auch der Marktzugang auf EU-Binnenmarkt erschwert werden.

Heute darf über diese Maßnahmen nicht einmal diskutiert werden. Allerdings könnte Europas politische Elite hier schon bald von der Realität eingeholt werden und zu Maßnahmen greifen müssen.

Zölle können nicht alle strukturellen Probleme lösen. Sie sollen auch nicht zu Abschottung oder gar Autarkie führen. Dennoch können europäische Zölle den Prozess der Auslagerung zumindest verlangsamen und so wirtschaftliche Umstrukturierungen sozialer und nachhaltiger gestalten.

Primär geht es jedoch um faire Handelsbedingungen. Es kann nicht sein, dass Sklavenlöhne große Branchen der europäischen Industrie ruinieren. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe mit relativ hohen Personalkosten sind durch die Globalisierung einem immer größeren Druck ausgesetzt. Wettbewerb darf daher in Europa nur über die Produktivität stattfinden, nicht jedoch durch ruinöses Lohn- und Steuerdumping. Innerhalb Europas kann dies über Regeln gelöst werden. Auf globaler Ebene sind jedoch nur protektionistische Maßnahmen wirksam.

In der WTO müsste die EU auch allen anderen Ländern einen wirtschaftlichen Dirigismus zugestehen, um ihre eigene ökonomische Entwicklung voranzutreiben. Die gegenwärtig von der EU verfolgte aggressive Politik der Marktöffnung in den Entwicklungsländern sollte deshalb völlig aufgegeben werden. Den Entwicklungsländern könnte vor allem mit Technologietransfer mehr geholfen werden, als mit aggressivem Freihandel.

Ergebnis dieser neuen Handelspolitik wäre ein verstärkter Handlungsspielraum für die Politik und die Vermeidung einer langfristig schädlichen Deindustrialisierungspolitik Europas. Immer mehr Ökonomen und Politiker meinen, Europa solle sich auf das Gebiet der Kultur, der Freizeit-, Tourismus-, Informations- und Finanzwirtschaft spezialisieren und Industriewaren sowie landwirtschaftliche Produkte lieber billiger im Ausland kaufen.

Menschen, die dies anstreben, haben keine Ahnung von physischer Ökonomie und würden Europa damit längerfristig verarmen lassen. Länder ohne eine hoch entwickelte agro-industrielle Basis sind auf lange Sicht nicht überlebensfähig, da die physische Wertschöpfung eben aus diesen Bereichen kommt. Industrie, Landwirtschaft und Hochtechnologieprojekte der Infrastruktur sind jene Bereiche, wo die höchsten Produktivitätssteigerungen möglich sind. Letztere bilden wiederum die Basis für hohe Löhne und hohe Sozialstandards.

Kultur-, Freizeit-, Tourismus-, Informations- und Finanzwirtschaft sind nicht zu unterschätzende Wirtschaftssparten, die aber in einer gesunden Wirtschaft immer eine starke agro-industrielle Basis benötigen, die als makroökonomischer Motor durch dirigistische Maßnahmen wie Zölle oder Subventionen geschützt werden muss.

Im Bereich der Energiepolitik sollte die EU mit den jeweiligen Lieferstaaten direkte Verträge zu fixen Preisen aushandeln. Aufgrund ihrer enormen Wirtschaftsmacht hätte die EU hier sehr wohl große Möglichkeiten, die Preise auf einem vernünftigen Niveau zu stabilisieren. In den letzten Jahren ist der Anteil langfristiger Verträge im Bereich wichtiger Energierohstoffe wie Öl oder Gas immer mehr zurückgegangen. Der Großteil der Lieferungen erfolgt heute über den freien Markt und unterliegt durch spekulative Käufe internationaler Anleger erheblichen Risiken und damit Preisschwankungen. Deshalb muss die EU wieder zur bewährten Praxis langfristiger, direkter Verträge zurückkehren, aber gleichzeitig auch Maßnahmen ergreifen, in Zukunft von nicht erneuerbaren Energien unabhängig zu werden.

- *Erweiterungsstopp*

Die Europäische Union muss zurückkehren zum bewährten System der finanziell verkraftbaren, ökonomisch und sozial verträglichen Erweiterungsstrategie. Obwohl, wie oben beschrieben, schon die Osterweiterung kaum verkraftet werden kann, ist sie nun einmal Realität und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Deshalb muss in den nächsten Jahren die Konzentration der Europäischen Union trotz dem ohnehin schwierigen Integrationsprozess der neu hinzugekommenen, meist ökonomisch erheblich rückständigen Länder aktiv vorangetrieben werden. Ohne rasche und weitreichende Reformen kann dies jedoch nicht gelingen. Einerseits muss die Harmonisierung der Steuer- und Sozialstandards verlangt werden. Noch existierende Vetorechte müssen abgeschafft und durch einfache Mehrheiten abgelöst werden. Weiters kann nur durch eine massive Aufstockung, und nicht wie gegenwärtig angestrebt, durch eine Stagnation oder Reduktion des EU-Budgets die Osterweiterung erfolgreich bewältigt werden.

Vor allem gilt es mittelfristig, auf weitere Erweiterungsschritte um ökonomisch rückständige Staaten zu verzichten, da aus meiner Sicht das europäische Integrationsprojekt sonst immer mehr auf eine Freihandelszone reduziert wird. Damit hätte sich das „englische Modell“ durchgesetzt. Genau dies gilt es allerdings zu verhindern.

Die Geschichte zeigt, dass viele Imperien an ihrer Überdehnung gescheitert und deshalb auch zusammengebrochen sind. Nur eine europäische Föderation und nicht eine relativ lockere Konföderation hätte längerfristige Perspektiven.

Literatur

- Aiginger Karl (2006)**, Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell – WIFO-Vorträge Nr. 97, Villach
- Altwater Elmar/Mahnkopf Birgit (2002)**, Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Münster
- Arbeiterkammer (2005)**, Ein Jahr EU-Erweiterung: Trends und Fakten, Wien; download: http://www.arbeiterkammer.at/pictures/d27/Ein_Jahr_EU_Erweiterung.pdf
- ATTAC (2003)**, Globale Steuergerechtigkeit: Wenn alle mittragen, hat es niemand schwer, download: http://www.attac-austria.org/download/flyer_steuergerechtigkeit.pdf
- Bartel Rainer/Kepplinger Hermann/Pointner Johannes (2006)**, Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik, Wien
- BEIGEWUM (2001)**, Mythos Nulldefizit-Alternativen zum Sparkurs, Wien
- dies. (2005)**, Die Mythen der Ökonomie-Anleitungen zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen, Wien
- Betz Thomas**, Was der Euro wirklich soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, download: <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/betz/euro.htm>
- Borchardt Klaus-Dieter (1999)**, Das ABC des Gemeinschaftsrechts, Luxemburg
- Bozsoki Jürgen (2000)**, Die „blinden Flecken“ der Sozialdemokratie, Wien-Klosterneuburg
- ders. (2003a)**, Ein neues Weltfinanzsystem und die Reform der EZB als Schlüssel zum Aufschwung, in: Häupl Michael (Hg.), Wirtschaft für die Menschen – Alternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung (Seite 195-206), Wien
- ders. (2003b)**, Die politische Ökonomie des Geldes bei Milton Friedman – Eine kritische Analyse des Monetarismus und mögliche Alternativen, Wien; download: http://evakreisky.at/online/texte/hausarbeit_friedman_bozsoki.pdf
- ders. (2005)**, Jenseits der Globalisierung – Kritik und Kontextualisierung der ideengeschichtlichen Grundlagen der politischen Ökonomie Lyndon La Rouches (Diplomarbeit), Wien
- Bundesministerium für Finanzen/Euro-Initiative Hg. (1997)**, Das Euro Buch, Wien
- Busch Klaus (1998)**, Das Korridormodell: ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, download: http://www.fes.de/ipg/ipg2_98/artbusch.html
- Carey Henry C. (1866)**, Die Prinzipien der Sozialwissenschaft, Berlin, in: Neurath Otto/Schapiro-Neurath Anna (1913), Lesebuch der Volkswirtschaftslehre II. Teil, (Seite 79-99), Leipzig
- Celani Claudio (2002)**, Italien: Infrastrukturaufbau statt Maastricht-Zwangsjacke für Europa, in: Neue Solidarität Nr. 51, Wiesbaden
- Cheminade Jacques (1994)**, Was ist „indikative“ Wirtschaftssteuerung? in: EIRNA (Hg.), Der Weg aus der Depression – Die Alternative zu Produktionsverlagerung, Massenarbeitslosigkeit und Finanzspekulation (Seite 168-175), Wiesbaden
- Creutz Helmut (2001)**, Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, München
- Deutsch Karl W. (1972)**, Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, Düsseldorf
- Dixon Keith (2000)**, Die Evangelisten des Marktes: Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz
- Dräger Klaus (2005)**, Europäisches Sozialmodell, Wettbewerbsfähigkeit und die neoliberale Vision des „Globalen Europa“, in: Etzezarreta Miren/Grahl John/Huffschild Jörg/Mazier Jacques u.a., EuroMemo 2005 (Seite 73-88), Hamburg
- Duroelle Jean-Baptiste (1992)**, Europa - Eine Geschichte seiner Völker, Gütersloh/München
- EIRNA (1992)**, Gesetz zur Nationalisierung der Federal Reserve von 1992, erschienen unter dem Titel: Rückkehr zum „amerikanischen System“ durch Verstaatlichung der Federal Reserve, in: EIRNA (Hg.), Hamiltons Nationalbank heute – Die Strategie nichtinflationärer Kreditschöpfung (Seite 34-37), Wiesbaden; Anmerkung: Da bei diesem Aufsatz kein Autor angegeben wurde, wurde der Herausgeber des Sammelbandes als Verfasser angegeben.
- Europäische Kommission (2000a)**, Steuerpolitik in der Europäischen Union, Luxemburg
- dies. (2000b)**, Der Haushalt der Europäischen Union – Was geschieht mit Ihrem Geld, Luxemburg
- dies. (2003a)**, Mehr Einheit und mehr Vielfalt – Die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union, Luxemburg
- dies. (2003b)**, Wie funktioniert die Europäische Union? Ein Wegweiser für die Bürger zu den Organen und Einrichtungen der EU, Luxemburg
- Deckwirth Christina (2005)**, Die Konzernagenda in der EU-Handelspolitik – Zur Rolle europäischer Konzerne und ihrer Lobbygruppen in der WTO-Politik der Europäischen Union, Berlin
- Emmerich Klaus (2004)**, Europas letzte Chance – Der Überlebenskampf der EU, Wien
- Europäische Gemeinschaften (2005)**, Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg
- Falkner Gerda/Treib Oliver (2005)**, Europäische Sozialpolitik in der nationalen Praxis, in: Baum-Ceising Alexandra/Faber Anne – Soziales Europa? Perspektiven des Wohlfahrtsstaates im Kontext von Europäisierung und Globalisierung. Festschrift für Klaus Busch, Wiesbaden (adaptierte Fassung erschienen in der Zeitschrift für Sozialreform 51(2))
- Felber Christian/Reimon Michael (2003)**, Schwarzbuch Privatisierung – Was opfern wir dem freien Markt?, Wien
- Felber Christian (2006)**, 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt - Gegen Konzernmacht und Kapitalismus, Wien
- Fischer Jürgen (1957)**, Oriens – Occidens - Europa. Begriff und Gedanke „Europa“ in der späten Antike und im frühen Mittelalter, Wiesbaden
- Freeman Richard (2003)**, Wie finanzierte Franklin D. Roosevelt sein Erfolgsprogramm gegen die Depression? in: EIRNA (Hg.), Lautenbach-Plan und die Entwicklung Eurasiens – Maßnahmen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit (Seite 36-39), Wiesbaden
- Friedman Milton (1971)**, Kapitalismus und Freiheit, Stuttgart
- ders. (1992)**, Geld regiert die Welt – Neue Provokationen vom Vordenker der modernen Wirtschaftspolitik, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau
- Fuchs Manfred/Mark-Ungericht Bernhard (2003)**, Freihandel ohne Wenn und Aber? Der Entwicklungserfolg der ostasiatischen Tiger am Beispiel der Republik Korea, in: ATTAC (Hg.), Die geheimen Spielregeln des Welthandels WTO-GATS-TRIPS-MAI (Seite 29-33), Wien
- Giegold Sven (2003)**, Steueroasen trockenlegen! Die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen, Hamburg
- Graf Wilfried (2006)**, Die EU-Sicherheitspolitik – Militärische Supermacht oder Friedensordnung, in: ATTAC (Hg.), Das kritische EU-Buch – Warum wir ein anderes Europa brauchen (Seite 254-268), Wien
- Grüske Karl-Dieter/Recktenwald Horst Klaus (1995)**, Wörterbuch der Wirtschaft, Stuttgart
- Hankel Wilhelm (2001)**, Euro-der Integrationsbruch, in: Hankel Wilhelm, Nölling Wilhelm/Schachtschneider Karl Albrecht/Starbatty Joachim, Die Euro-Illusion – Ist Europa noch zu retten? (Seite 191-236), Hamburg
- Hamilton Alexander (1790a)**, Bericht über eine Nationalbank (Quellentext), in: EIRNA (1992), Hamiltons Nationalbank heute – Die Strategie nichtinflationärer Kreditschöpfung (Seite 48-52), Wiesbaden bzw. in: La Roche (1992a), Seite 233-243, Wiesbaden
- ders. (1790b)**, From the Report on Public Credit, in: Spannaus Nancy/White Christopher Hg. (1996), The Political Economy of the American Revolution (Seite 344-355), Washington D. C. 1996
- Heuser Uwe Jean (1996)**, Geld, Freiheit, Ideologie, in: Piper Nikolaus (Hg.), Die großen Ökonomen, Stuttgart
- Hofbauer Hannes (2003)**, Osterweiterung – Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Wien

Hoscher Dietmar/Nowotny Ewald (2003), Die „Lissabon-Strategie“ der EU – Grundlage einer europäischen Wirtschaftspolitik, in: Häupl Michael (Hg.), Wirtschaft für die Menschen – Alternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung (Seite 267-277), Wien

Höferl Andreas (2003), Freiheit und Verantwortung – Sozialdemokratische Perspektiven für eine neue soziale Wirtschaftsordnung, in: Häupl Michael (Hg.), Wirtschaft für die Menschen – Alternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung (Seite 27-92), Wien

Höferl Andreas/Hollos Bela M. (2006), Die „EU-Dienstleistungsrichtlinie“-Fakten und Argumente zu einer Rechtsnorm der EU, die jeden betreffen würde, Wien

Huffschmid Jörg (2002), Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg

ders. (2006a), Mailand, Maastricht, Lissabon - Das Scheitern der neoliberalen Integrationsstrategie, in ATTAC (Hg.), Das kritische EU-Buch – Warum wir ein anderes Europa brauchen (Seite 72-92), Wien

ders. (2006b), Vom nutzlosen Streitobjekt zum starken Werkzeug für ein soziales Europa-Vorschläge zur Reform des europäischen Haushalts, in: Etzezarreta Miren/Grahl John/Huffschmid Jörg/Mazier Jacques u.a., EuroMemo 2005 (Seite 109-128), Hamburg

Huntington Samuel (1996), Der Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München-Wien

Jenner Gero (1999), Das Ende des Kapitalismus – Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems?

Karras Anne/Schmidt Ingo (2004), Europa: lieber sozial als neoliberal, Hamburg

Karras Anne (2006), Schritt für Schritt zur europäischen Solidarität - Vortragsmanuskript: gehalten am 5.4.2006 am Alternativen Ecofin in Wien

Kinsky Ferdinand (2005), Katholische Soziallehre transnational – Ein christlicher Blick auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Europa und Globalisierung, Wien

Kohnstamm Max (2002), Europas Gründerväter nicht im Stich lassen, in: Neue Solidarität, Nr. 30, Wiesbaden

Komp Lothar (2000), Des Kaisers neue Kleider auf amerikanisch: Neun Jahre US-„Wirtschaftsboom“, in: Mythos Informationsgesellschaft (Seite 37-54), Wiesbaden

ders. (2003), Globale Finanzreform oder neue Depression, in: Lautenbach-Plan und die Entwicklung Eurasiens – Maßnahmen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit (Seite 40-55), Wiesbaden

Komp (2004a), Acht Millionen Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung sind möglich, in: Neue Solidarität, Nr. 43, Wiesbaden

ders. (2004b), Weltfinanzsystem auf der Intensivstation, in: EIRNA (Hg.), Weltwirtschaft auf der Intensivstation – Neues Bretton Woods – oder warten auf das „dicke Ende“ (Seite 9-22), Wiesbaden

ders. (2004c), Acht Millionen Arbeitsplätze – Wie geht das?, in: Neue Solidarität, Nr. 36, Wiesbaden

ders. (2004d), Finanzspekulation läßt Ölpreis explodieren – La Rouché fordert Preiskontrollen, in: EIRNA (Hg.), Weltwirtschaft auf der Intensivstation – Neues Bretton Woods – oder warten auf das „dicke Ende“ (Seite 23-27), Wiesbaden

Lafontaine Oskar/Müller Christa (1998), Keine Angst vor der Globalisierung – Wohlstand und Arbeit für alle, Bonn

ders. (2005), Politik für alle – Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin

La Rouché Lyndon (1978), Die Theorie des Europäischen Währungsfonds, Wiesbaden

ders. (1981), Kreditschöpfung ohne Inflation, Wiesbaden

ders. (1985), Was Sie schon immer über Wirtschaft wissen wollten! Lehrbuch für elementare mathematische Ökonomie, Wiesbaden

ders. (1992), Christentum und Wirtschaft – Die wissenschaftlichen Grundlagen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung, Wiesbaden

ders. (1999a), Der Weg zum Aufschwung – Die globale Krise und wie sie gelöst werden kann, Wiesbaden

ders. (1999b), Weltfinanzkrise am Siedepunkt: Was jetzt zu tun ist (Seite 23-27), in: Ein Neues Bretton Woods: Der Weg aus der Systemkrise, Wiesbaden

Leibniz Gottfried Wilhelm (1671a), Grundriß einer Denkschrift über die Einrichtung einer Societät zur Förderung der Künste und Wissenschaften in Deutschland, in: La Rouché Lyndon, Christentum und Wirtschaft – Die wissenschaftlichen Grundlagen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung (Seite 214-226), Anhang E/1, Wiesbaden 1996; Anmerkung: Das Datum der Schrift (1671) gilt als nicht gesichert.

ders. (1671b), Societät und Wirtschaft, in: La Rouché Lyndon, Christentum und Wirtschaft – Die wissenschaftlichen Grundlagen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung (Seite 227-232), Anhang E/2, Wiesbaden 1996; Anmerkung: Das Datum der Schrift (1671) gilt als nicht gesichert.

Leicht Robert (2005), Die Erfahrungsgemeinschaft – Was ist Europa? Wo fängt es geschichtlich an, wo hört es politisch auf? in: Ullrich Volker/ Rudloff Felix, Der Fischer Weltatmanach – EU-Erweiterung, Frankfurt am Main

Liebig Gabriele (2004), Jean Monnets Idee war nicht das Europa von Maastricht, in: Neue Solidarität Nr. 10, Wiesbaden

Liebig Michael (1992), Naturecht und physikalische Ökonomie, in: EIRNA (Hg.) Hamiltons Nationalbank heute – Die Strategie nichtinflationärer Kreditschöpfung (Seite 125-138), Wiesbaden

Luger Armin (2001), Die Auswirkungen der Europäischen Einigung auf den Nationalstaat (Diplomarbeit), Wien

Manzenreiter Wolfram (1999), Wirtschaft und Staat im Japan der Spätmoderne von Sato bis Obuchi, in: Linhard Sepp/Pilz Erich (Hg.), Ostasien – Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert (Seite 195-216), Wien

Marterbauer Markus (2007), Wem gehört der Wohlstand? - Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik, Wien

Mittelstrass Jürgen (2005), Europa erfinden. Über die europäische Idee, die europäische Kultur und die Geisteswissenschaften, in: Merkur Nr. 669

Monnet Jean (1980), Erinnerungen eines Europäers, München

Morrissey John (2001), Die italienischen Seerepubliken, in: Feldbauer Peter/Liedl Gottfried/Morrissey John Hg., Vom Mittelmeer zum Atlantik – Die mittelalterlichen Anfänge der europäischen Expansion, Wien-München

Nauschnigg Franz (2003), Internationale Finanzarchitektur im Zeitalter der Globalisierung, in: Häupl Michael (Hg.), Wirtschaft für die Menschen – Alternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung (Seite 179-293), Wien

Obermayr Bernhard (2003), Freihandel und was dahinter steckt, in: ATTAC (Hg.), Die geheimen Spielregeln des Welthandels (Seite 22-28), Wien

ders. (2006), Von Rom bis Nizza - Genese einer Freihandelszone, in: ATTAC (Hg.), Das kritische EU-Buch – Warum wir ein anderes Europa brauchen (Seite 19-32), Wien

Pirkelbauer Sybille/Rehm Miriam (2006), Steuerwettbewerb in der EU – Wer bietet am wenigsten? in: ATTAC (Hg.), Das kritische EU-Buch – Warum wir ein anderes Europa brauchen (Seite 118-131), Wien

Ratzinger Joseph (2005), Werte in Zeiten des Umbruchs – Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg im Breisgau

Reimon Michael/Weixler Helmut (2006), Die sieben Todsünden der EU – Vom Ausverkauf einer großen Idee, Wien

Ricardo David (1817), The Principles of Political Economy and Taxation, New York 1973

Ross Jan (2003), Die Geister des Praliniengipfels, in: Die Zeit vom 5.6.2003, Nr. 24, download: <http://www.zeit.de/2003/24/Europa>

Rush Cynthia (2003), Wird Lateinamerika La Rouchés Herausforderung annehmen? in: EIRNA (Hg.), Lautenbach-Plan und die Entwicklung Eurasiens – Maßnahmen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit (Seite 56-60), Wiesbaden

Schauer mann Ralf/Tennenbaum Jonathan (2004), Physische Ökonomie, in: Neue Solidarität Nr. 37, download: <http://www.solidaritaet.com/neuesol/2004/37/lariem.htm>

Schmale Wolfgang (2000), Geschichte Frankreichs, Stuttgart

ders. (2001), Geschichte Europas, Wien-Köln-Weimar

Schöpf Anton (1996), Wirtschaft ist Gesellschaft, Wien

Schulmeister Stephan (2003), Der Neoliberalismus ist jene Krankheit, für deren Heilung er sich hält – Versuch einer Standortbestimmung im langfristigen polit-ökonomischen Entwicklungszyklus, in: Häupl Michael (Hg.), Wirtschaft für die Menschen – Alternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung (Seite 95-127), Wien

ders. (2006), Konzept für eine einheitliche Besteuerung von Vermögen in Österreich, download: http://www.soned.at/images/wien/Schulmeister_Vermögenssteuern_ZS11106.doc, 30.4.2007

Schürz Martin (2003), Ziele der Geldpolitik im Wandel der Zeit, in: Becker Joachim u.a. (Hrsg.) Geld Macht Krise – Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft (Seite 49-60), Wien

Senf Bernd (1996), Der Nebel um das Geld – Zinsproblematik – Währungssysteme - Wirtschaftskrisen, Lütjensburg

ders. (2001), Die blinden Flecken der Ökonomie - Wirtschaftstheorien in der Krise, München

ders. (2004), Der Tanz um den Gewinn – Von der Besinnungslosigkeit zur Besinnung der Ökonomie, Lütjensburg

Smith Adam (1789), Der Wohlstand der Nationen, München 1999

Soros George (1998), Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin

SPÖ (2006), Europäisches Wirtschaftsprogramm, Wien

Stiglitz Joseph (2002), Die Schatten der Globalisierung, Berlin

Tarnas Richard (1999), Idee und Leidenschaft – Die Wege des westlichen Denkens, Wien

Tennenbaum Jonathan (1992a), Das La Rouché-Riemann-Modell: Geometrische Darstellung gesamtwirtschaftlicher Prozesse (Quellentext H), in: La Rouché Lyndon, Christentum und Wirtschaft – Die wissenschaftlichen Grundlagen einer neuen, gerechten Wirtschaftsordnung (Seite 259-270), Wiesbaden

ders. (1992b), John Maynard Keynes: Staatsverschuldung ohne produktive Basis, in: EIRNA (Hg.), Hamiltons Nationalbank heute – Die Strategie nichtinflationärer Kreditschöpfung, Wiesbaden

ders. (2003), Asien als Motor zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Europas, in: EIRNA (Hg.), Lautenbach-Plan und die Entwicklung Eurasiens – Maßnahmen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit (Seite 61-72), Wiesbaden

Pico della Mirandola Giovanni (1905), Über die Würde des Menschen, in: Pico della Mirandola Giovanni: Ausgewählte Schriften, Leipzig

Pirklbauer Sybille/Rehm Miriam (2006), Steuerwettbewerb in der EU - Wer bietet am wenigsten? in ATTAC (Hg.), Das kritische EU-Buch – Warum wir ein anderes Europa brauchen (Seite 118-131), Wien

UNICEF Hg. (1994), Crises in Morality, Health and Nutrition. Economic in Transition Studies, in: Regional Monitoring Report Nr. 2, August 1994, Florenz

Weixner Bärbel/Wimmer Michaela (1997), Stichwort Euro, München

Wehlau Diana (2005), Auf dem Weg in die Armut? Soziale Entwicklungen in der EU und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten, in: Etzezarreta Miren/Grahl John/Huffschmid Jörg/Mazier Jacques u.a., EuroMemo 2005 (Seite 56-72), Hamburg

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche Hg. (2001), Countries in Transition 2001, Wien